

Immer mehr Probleme

„Umweltsau“: „Zunehmende Verrohung“, FR-Feuilleton vom 31.12.

Deutschland ächzt unter immer mehr Problemen. Nun auch noch das Kassenbon-Diktat! Bürger fürchten um den Fortbestand des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Vor den Funkhäusern und Verlagen Massendemonstrationen: Die Empörung verschafft sich Gehör mit Sprechchören: „Meine Oma ist keine Umweltsau“. Veteranen der „Freiheit für freie Bürger“ haben Bündnisse geschlossen mit den mobilen Kampftruppen von „Fridays for Hubraum“ und motorradfahrenden Omas und fordern freundlich, aber mit Nachdruck, von unseren Mandatsträgern, dass sie für immer und ewig Geschwindigkeitsbeschränkungen abschwören sollen. Und Greta nervt sowieso.

Die Koalitionsverhandlungen der Reste der „Bürgerinitiativen gegen Veggie-Day“ mit den German Grill-Masters und der niedersächsischen Fleischindustrie verliefen ergebnislos. Vielversprechend dagegen, dass nach den guten Erfahrungen bei der Privatisierung des Gesundheitswesens der Ruf nach einer eben solchen Privatisierung auch im Bildungsbereich stärker wird.

Wird Deutschland die Herausforderungen des neuen Jahrzehnts bewältigen können?

Rolf Römer, Kassel

Service wird schlechter

Scheuer: „Die Opposition führt die Öffentlichkeit in die ...“, FR-Politik vom 9.1.

Minister Scheuer über die Zukunft der Deutschen Bahn, Zitat: „Die Bahn wird billiger, der Service besser und das WLAN zuverlässiger.“ Tatsache ist: Die Bahn wird billiger – der Service schlechter.

Die Bahn will für Reisende attraktiver werden. Was tut sie? Sie verärgert ihre treue Kundschaft. Seit dem 15.12. dürfen Sparpreisreisende die DB-Lounges an den großen deutschen Bahnhöfen nicht mehr nutzen. Seit Jahren fahren wir mit unserer Bahncard durch die Republik und nutzen den Rückzugsort einer DB-Lounge bei längeren Umstiegszeiten oder Verspätungen. Dummerweise wohnt unser Sohn mit Familie in Stuttgart, was für uns bedeutet, mehrmals im Jahr über die laute zugige Baustelle wandern zu müssen. Als inzwischen 80-Jährige brauchen wir heute mehr denn je einen Rückzugsort auf den hektischen Bahnhöfen und nutzen die DB-Lounge bis zur Abfahrt.

Weihnachten mussten wir nun erfahren, dass wir mit einem Sparpreisticket nicht länger Zutritt zur Lounge haben. Wir waren und sind empört und erwarten, dass diese Entscheidung rückgängig gemacht wird. Vielleicht vermietet die Bahn jeweils ein Ladenlokal weniger und macht stattdessen Ihre Reisenden glücklich. Renate Siart, Erzhausen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Bascha Mika, Katja Thorwarth und Sonja Thomaser lesen im Hate Slam irre und böse Leserbriefe an die Redaktion.
Sonntag, 26. Januar, 19 Uhr
Neues Theater Höchst, Antoniterstraße 18, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Veranstaltung „Soziale Architektur und sozialistische Politik - Margarete Schütte-Lihotzky als Akteurin des Neuen Frankfurt“. Mit Marcel Bois, Mitherausgeber der neuen Biografie über Schütte-Lihotzky.
Montag, 27. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen.
Donnerstag, 30. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Jens Joachim moderiert ein Gespräch zum Thema „Kulturelles Erbe und Zukunft. Die Rolle der Museen heute“ mit Martin Faass, Direktor des Hessischen Landesmuseums Darmstadt. Eine Veranstaltung der Evangelischen Stadtakademie Darmstadt.
Dienstag, 18. Februar, 18:30 Uhr
Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt

Bascha Mika u. Nadja Erb stellen ihr Buch „Mut für einen Feminismus, der Allen gut tut“ vor.
Donnerstag, 20. Februar, 18 Uhr
Literaturhaus, Kasinostraße 3, Darmstadt

Bascha Mika moderiert ein Gespräch zum Thema „Die Frage nach dem richtigen Leben und das Wissen von den wichtigen Dingen“ mit Prof. Norbert Bolz.
Dienstag, 3. März, 18:30 Uhr
Offenes Haus, Rheinstraße 31, Darmstadt

Liegt das Gewaltmonopol noch beim Staat?

Morddrohungen: „Hass und Gewalt keinen Raum geben“, FR-Politik vom 13. Januar

Muss man sich Sorgen machen?

In Kamp-Lintfort (NRW) solidarisieren sich Bürger auf einer Demonstration mit ihrem bedrohten Bürgermeister. Laut Nachrichten soll die Polizei dem Bürgermeister empfohlen haben, sich auf der Demo nicht zeigen zu lassen; sie könne seinen Schutz nicht gewährleisten. Hallo? Muss man sich Sorgen machen? Die Polizei „sorgt“ sich um die Unversehrtheit des Bürgermeisters. Dann sollte sie sich so organisieren, dass sein Schutz gesichert ist. Bestimmen indirekt rechte Kräfte, wer in der Öffentlichkeit demonstrieren darf? Wenn das so sein sollte, dann Sorge ich mich um unseren Staat. Wie reagieren und handeln die zuständigen Minister, Politiker darauf?

Reinhard Schemionek, Wustrow

Es müsste ein Ruck durch diese Gesellschaft gehen

Der Präsident des Städtetages und Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung hat vollkommen recht, wenn er darauf hinweist, dass immer mehr Hass gegen Kommunalpolitiker und Mandatsträger zu verzeichnen ist, dem diese Gesellschaft entschlossen entgegenzutreten muss. Hass und Gewalt darf kein Raum gegeben werden. Doch die sicher ehrlich gemeinten Begründungen und Forderungen von Politikern auf der unteren und mittleren Ebene des Staates sind schon oft ausgesprochen worden, und man kann auch an Forderungen von Bundespolitikern wie dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder erinnern, der seinerzeit nach einem Anschlag den Aufstand der Anständigen einforderte. Doch all den Kundgebungen und Statements, die guten Willens abgegeben wurden, muss



Der Bürgermeister von Kamp-Lintfort, Christoph Landscheidt (SPD), wird aus der rechten Szene bedroht.

DPA

man gegenüberstellen, wie die Realität sich hierzulande zeigt.

Fakt ist, dass trotz zunehmender verbaler Attacken und Übergriffe auf Menschen, die nichts anderes als Dienst am Nächsten leisten wollen, die Aufklärungsquote bei Null liegt, weil die Staatsanwaltschaften oftmals nur mit Einstellung der Ermittlungsverfahren reagieren.

Auch ich solidarisiere mich mit Christoph Landscheidt, der gegen die Kundgebung der Partei Die Rechte demonstriert hat, bin allerdings nicht der Auffassung, dass sich Politiker wegen rechtsextremer Drohungen bewaffnen sollten; denn das Gewaltmonopol liegt beim Staat und nicht in Privathand. Würde dies außer Kraft gesetzt, hätten die Rechten ihr Ziel erreicht.

Es ist unerträglich, wenn 40 Prozent aller Kommunalpolitiker oder ehrenamtlich Engagierten schon mal Drohungen bis zum Mord, also Angriffen ausgesetzt waren, die sich gegen die physische Existenz richten. Im ganzen

Land wird man immer wieder mit dem Hass und der Hetze der Rechten konfrontiert. Jede Demonstration und jeder Protest gegen die rechten Gewalttäter ist daher zu begrüßen. Aber Erfolg werden die Proteste erst haben, wenn die Verantwortlichen in Polizei und Staatsanwaltschaft die Taten der Rechten endlich ernst nehmen und den ehrlichen Willen zeigen, Hass und Gewalt keinen Raum zu geben.

Wenn jemals ein Ruck durch diese Gesellschaft gehen müsste, dann jetzt, wo Verrohung der Sprache und konkrete Angriffe an der Tagesordnung sind. Wenn nämlich Bürgerinnen und Bürger Angst wegen ihres politischen Engagements haben müssen, dann muss man leider davon ausgehen, dass die Demokratie in vielen Gemeinden schon außer Kraft gesetzt ist. Gefordert ist der Wille, die rechten Straftäter dingfest zu machen.

Manfred Kirsch, Neuwied

Diskussion: frblog.de/drohungen

Rumpelfußball über die Flügel

Kritik an Polizeitaktik in Leipzig: „Gewerkschaft will Esken ‚aufklären‘“, FR-Politik vom 9. Januar

Kaum als neue „Co-Trainerin“ der SPD installiert, gelangt Frau Esken, statt den jahrelangen „Angsthasenfußball“ zu beenden und in den Angriffsmodus zu wechseln, bereits wieder in eine Verteidigungshaltung und fabriziert sogar ein klassisches Eigentor. Ich würde allen Polizeipräsidenten empfehlen, die Polizeitaktik bei Einsätzen wie in Leipzig-Connewitz künftig vorher mit der ausgewiesenen „Expertin“ für innere Sicherheit, Saskia Esken, zu besprechen.

Die „alte Dame“ SPD scheiterte in den zurückliegenden Jahren immer wieder an ihrer internen Selbstzerfleischung und mangelnden Geschlossenheit sowie einer falschen politischen Taktik. Auch regelmäßige Trainerwechsel konnten den kontinuierlichen Abstieg der Partei nicht verhindern. Von wenigen Ausnahmen wie Franziska Giffey oder Heinz Buschkowsky abgesehen, haben viele öffentlichen Vertreter des Traditionsvereins

SPD offenbar die Verbindung zu einer landläufigen Anschauung von Politik und zu ihren treuen Fans verloren. Während die renovierte VIP-Loge im SPD-Stadion gut besucht ist, sind die Stahlränge zunehmend verwaist.

Statt sich beispielsweise mit den sozialen Ungerechtigkeiten des Klimapakets und dessen Auswirkungen auf die Anhängerschaft auseinanderzusetzen, hechelt man den steilen Flankenläufen von links anderer Parteien ohne eigene spielgestalterische Fähigkeiten nach. Ähnlich in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Deutschland muss vom lange Zeit zwar relativ erfolgreichen, aber wenig ansehnlichen Rumpelfußball unter Bundestrainerin Merkel zum Zukunftsfußball finden.

In den vergangenen Jahren wurden gravierende taktische Fehlentscheidungen getroffen. Man hat es zudem versäumt, über den eigenen Tellerrand hinauszublicken. Den Anschluss

an die internationale Spitze hat Deutschland mittlerweile verloren. Während andere führende Länder aus einem starken Mittelfeld heraus mit einer klaren spielerischen Linie operieren, konzentriert sich Deutschland und insbesondere die SPD auf ein Spiel über die Flügel aus längst vergangenen Zeiten. Das Tor steht in der Mitte. In der Mitte jedoch steht niemand, der die Zuspiele verwerten könnte.

Die SPD muss sich auf ihre Stärken besinnen und zum Selbstvertrauen und Selbstverständnis der Trainerlegende Helmut Schmidt zurückfinden. Nur wenn es der Partei gelingt, ihr Mittelfeld mit einem versierten Regisseur zu besetzen, besitzt sie die Chance, sich aus der Abstiegszone zu befreien und wieder an erfolgreichere Zeiten anzuknüpfen. Wahlen wurden in der Bundesrepublik stets nur mit einem stark besetzten Mittelfeld gewonnen.

Alfred Kastner, Weiden